

Statement von Dr. Ulrich Schneider, Hauptgeschäftsführer des PARITÄTISCHEN Wohlfahrtsverbandes, in der Bundes-Pressekonferenz am 4.10.2000 anlässlich der Präsentation des Armutsberichtes von Hans-Böckler-Stiftung, DGB und PARITÄTISCHEM Wohlfahrtsverband „Armut und Ungleichheit in Deutschland“

Sperrfrist: 4.10.2000, 11.00 Uhr

Es gilt das gesprochene Wort!

Sehr geehrte Damen und Herren,

im November 1989 legte der PARITÄTISCHE Wohlfahrtsverband erstmals einen bundesweiten Armutsbericht vor. Unser Ziel war es damals - vor nun über 10 Jahren -, Armut in Politik und Gesellschaft zu enttabuisieren. Wir wollten skandalisieren und Öffentlichkeit und Politik dazu zwingen, endlich zur Kenntnis zu nehmen, daß es inmitten unserer reichen Gesellschaft eine beträchtliche Zahl von Menschen gibt, die von ganz alltäglichen Lebensvollzügen schlicht ausgeschlossen sind und die sogar in bitterer Not leben müssen. Ich erinnere daran, daß zu dieser Zeit im Bundestag noch ernsthaft darüber diskutiert wurde, ob es **überhaupt** Armut in Deutschland geben **könne**.

Und tatsächlich ist es uns in der Folge - nicht zuletzt durch die Vorlage eines zweiten Armutsberichtes zusammen mit dem DGB 1994 - gelungen, das Thema Armut in Deutschland zumindest auf den unteren Teil der Tagesordnung zu setzen.

Spätestens seit Anfang der 90er Jahre wird öffentlich über Armut in Deutschland gesprochen. Die Medien haben das Thema aufgegriffen. In Parteien wird über Notwendigkeiten und Konzepte zur Armutsbekämpfung diskutiert, Kommunen und sogar Landesregierungen legten Armutsberichte vor.

Das faktische Ergebnis all dieser öffentlichen Veranstaltungen haben Sie von Prof. Hanesch soeben gehört: Die Armutsquote in der Bundesrepublik ist seit Jahren weitgehend konstant geblieben. Mit anderen Worten: Am faktischen Problem hat sich in all diesen Jahren - trotz aller öffentlichen Diskussionen - wenig geändert. Ganz im Gegenteil: Die Zahl der Sozialhilfebezieher im engeren Sinne ist in den

90er Jahren von 2 auf rund 2,9 Millionen angewachsen. Der Anteil der Sozialhilfebezieher in der Bevölkerung wuchs von 2,8 auf 3,5 Prozent.

Nach wie vor leben 14,2 Prozent aller Kinder in Deutschland in Einkommensarmut, fast 30 Prozent aller Alleinerziehendenhaushalte, und gut 20 Prozent aller Paarhaushalte mit 3 und mehr Kindern, und nicht zu vergessen über 18 Prozent der ausländischen Migranten - wie der heute vorlegte Bericht zeigt.

Nach über 10 jähriger öffentlicher Diskussion um Armut in Deutschland darf dies seinerseits getrost als politisches Armutszeugnis bewertet werden.

SPD und GRÜNE haben vor diesem Hintergrund ihren Wahlkampf ausdrücklich mit dem Versprechen von mehr sozialer Gerechtigkeit geführt und nach 16jähriger Kanzlerschaft durch Helmut Kohl hohe Erwartungen geweckt, was eine innovative, eine andere Politik und die konsequente Bekämpfung von Armut angeht. An diesen Erwartungen muß sie sich messen lassen.

Und in der Tat: einige soziale Restriktionen der alten Regierung wurden zurückgenommen, das Kindergeld wurde erhöht und sogar ein Kindergeldfreibetrag von 20 Mark in der Sozialhilfe eingeführt. Auch wurde sehr schnell ein Sonderprogramm für arbeitslose Jugendliche umgesetzt. Eine Reform des Schwerbehindertengesetzes wurde vorgenommen. Ein Armutsbericht wird derzeit erstellt.

Dies und anderes erkennen wir ebenso an wie die Mühen des politischen Alltags.

Nur: Eine offensive Armutspolitik hat sich aktuell vor allem der Frage zu stellen, wie es gelingt, die drückende Zahl von Sozialhilfebezieheren - hierunter rund 1 Million Kinder - zügig und wirkungsvoll abzubauen. Hier konzentriert sich das Problem. Hier sind die, die ganz am unteren Ende der Wohlstandsleiter stehen. Und sie hat sich die Frage zu stellen, wie auch für die Einkommensärmsten unter uns endlich gesellschaftliche Teilhabe finanziell ermöglicht werden kann.

Hiervon jedoch ist die Politik dieser Bundesregierung zur Halbzeit ihrer ersten Legislaturperiode noch weit entfernt.

Wer gehofft hatte, daß mit dem Regierungswechsel die seit Jahren willkürlich gedeckelte Sozialhilfe endlich wieder bedarfsgerecht oder zumindest gemäß der seit 1993 nicht mehr ausgeglichenen Preissteigerungsraten angepaßt würde, sah sich

enttäuscht. Statt dessen wurde die Politik der alten Bundesregierung - vom Kindergeldfreibetrag in der Sozialhilfe abgesehen - auf diesem Feld schlicht weitergeführt.

Eine offensive Armutspolitik, die die Probleme in der Sozialhilfe grundlegend angeht, hätte aus unserer Sicht neben arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen vor allem zweierlei zu leisten: ein Familienlastenausgleich, der wirkungsvoll vor Armut schützt, und die Schaffung einer bedarfsorientierten sozialen Grundsicherung - wie es auch im Koalitionsvertrag steht.

Ein armutsverhindernder Familienlastenausgleich wird jedoch kaum - wie in der Vergangenheit praktiziert - mit der Gießkanne zu erreichen sein. Leistungen des Familienlastenausgleichs haben statt dessen den Bedarf, aber auch die Einkommenssituation der Familien zu berücksichtigen. So könnte etwa ein Kindergeldzuschlag für einkommensschwache Familien zumindest diejenigen Familien vor dem Sozialamt bewahren, die durchaus über Erwerbseinkommen verfügen, bei denen es jedoch wegen der Kinder schlicht nicht reicht. Den dadurch erzeugten Mehrausgaben stünden direkte Einsparungen in der Sozialhilfe gegenüber.

Zur Frage der Grundsicherung gilt nach wie vor: Wem nichts fehlt außer Geld oder Arbeit gehört nicht ins Sozialamt, sondern in die vorgelagerten Sicherungssysteme. Nichts spricht sachlich dagegen, Arbeitslosen die Sozialhilfe als Grundsicherungsbetrag von den Arbeitsämtern auszahlen zu lassen. Dort müssen sie ohnehin vorstellig werden. Dem Arbeitslosen würde ein unwürdiger und zunehmend als schikanös empfundener Ämterlauf erspart, der öffentlichen Kasse und dem Steuerzahler eine verschwenderische Doppelverwaltung.

Auch wirft es keinerlei gravierenden Probleme auf, alten Menschen mit geringer Rente die Sozialhilfe als Grundsicherung zusammen mit der Rente zu überweisen und auch die Antragstellung über die Rentenversicherungsträger abzuwickeln. Den alten Menschen könnte es jedoch den häufig als demütigend empfundenen Gang zum Sozialamt ersparen. Die ohnehin überfüllten Sozialämter würde es entlasten.

Ich möchte von dieser Stelle aus einmal mehr an CDU/CSU appellieren, sich den entsprechenden Plänen des Arbeitsministers nicht weiter zu verschließen.

Die Widerstände gegen die Grundsicherung für alte Menschen wirken mittlerweile nicht mehr nur zutiefst unsachlich, sondern ebenso kaltherzig. Es kann doch keiner

ernsthaft als sozialpolitischen Erfolg verbuchen wollen, verhindert zu haben, daß alte Frauen und Männer nicht mehr zum Sozialamt müssen. Ob jemand arm ist, hängt nicht nur davon ab, was er bekommt, sondern auch davon, wie er es bekommt.

Die Behandlung dieser Detailfrage im Riesterschen Rentenkonzept wird einen kaum zu überschätzenden, entscheidenden Signal- und Symbolcharakter haben. Sie wird zeigen, ob wir tatsächlich noch in der Lage sind, mit dem Ziel der Armutsbekämpfung auch notwendige strukturelle Veränderungen in unserem verkrusteten sozialen Sicherungssystem einzuleiten.